

Satzungsentwurf der „SK Bayern 2015“

Zum Entwurf, den ich für eine gut ausgearbeitete Grundlage halte, erlaube ich mir folgende Anregungen und Anmerkungen (im wesentlichen rein juristischer Art ohne politische Bewertung)

1. In der **Überschrift** sollte es „Satzung des Landesverbandes Bayern“ heißen.

2. § 1 Abs. 2 Satz 2: „Bundesland“ ersetzen durch „**Freistaat**“.

(Ein bisschen Patriotismus sei auch hier erlaubt)

3. In § 2 folgende Ergänzungen und auch ein weiterer Absatz (3) wie folgt:

(1) Für die Mitgliedschaft gelten die diesbezüglich in § 21 Abs. 1 der Bundessatzung für verbindlich erklärten Regelungen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

(2) Die für die Aufnahme der Mitglieder des Landesverbandes zuständige Gliederung ist der Kreisverband, in dessen Gebiet sich der Hauptwohnsitz des Bewerbers befindet. Ausnahmen ergeben sich aus der Bundessatzung.

(3) Die Mitglieder des Landesverbandes sind zugleich Mitglieder der Bundespartei.

Anmerkung hierzu: In Abs. 1 wird präzisiert, welche Bestimmungen der Bundessatzung, die Mitgliedschaft betreffend, gemeint sind.

In Abs. 2 wird etwas „Fleisch“ hinzugegeben, sodaß beim Lesen der Landessatzung für den Bewerber sogleich sichtbar wird, an wen er sich wenden soll.

Abs. 3 unterstreicht den föderalistischen Charakter der Partei und macht deutlich, daß der Landesverband ein Teil des Bundes ist. S.a. § 2 Abs. 1 der bisherigen Landessatzung.

4. In § 3 Abs. 1 folgenden Satz 2 einfügen:

„Die Tätigkeit eines Bezirksverbandes erstreckt sich auf das Gebiet des jeweiligen Regierungsbezirks.“

Man sollte definieren, wie der gebietliche Zuschnitt eines Bezirksverbandes ist, weil man ja Bezirksmitgliederversammlungen einberufen will.

5. § 5 Abs. 6 S. 1: „Landesparteitag“ nur mit einem „s

6. § 6 Wahl von Bundesdelegierten

Der im Entwurf vorliegende Text wird Abs. 1 und es wird folgender Abs. 2 hinzugefügt:

(2) Den Bundesdelegierten werden Reisekosten erstattet, sofern dies die Kreisverbände in Anwendung des § 11 Abs. 25 der Bundessatzung beschließen.

Begründung: es ist sinnvoll, an dieser Stelle auf die Möglichkeit der Reisekostenregelung hinzuweisen.

7. § 7 des Entwurfs -**Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände** - sollte ergänzt werden durch folgenden Abs. 1

„(1) Die Mitgliederversammlung einer Gliederung ist das oberste Organ der Gliederung.“

Begründung: Wenigstens ein bisschen „Fleisch“ in der Landessatzung zur Funktion der Mitgliederversammlung. Anm.: Die Abs. 1ff des Entwurfs werden Abs. 2ff.

8. § 11 Abs. 1 des Entwurfs –Vorstand des Gebietsverbands- sollte um folgenden Satz 2 ergänzt werden:

„Der Vorstand kann beliebig erweitert werden.“

Begründung: Mit dieser Formulierung wird ausgeschlossen, daß man aus „mindestens“ „einem Vorsitzenden“ zwei oder mehr Vorsitzende macht. (Ich gehe davon aus, daß derartiges nicht gewollt ist; wenn ja, sollte man dies bei der Vorstellung des Entwurfs in der Landesversammlung klar sagen) . Mit Satz 2 wird klar, daß die unter a) bis c) genannten Positionen nur mit je einer Person zu besetzen sind, aber eine Erweiterung des Vorstandes mittels weiterer Positionen (z.B. Schriftführer, Beisitzer) zulässig ist. „Mindestens“ bezieht sich nicht auf die Zahl des Vorsitzenden usw. –diese ist 1 -, sondern auf die Zahl der Positionen.

9. § 11 Abs. 3 des Entwurfs sollte um folgenden Halbsatz erweitert

werden: **„soweit der Gebietsverband keine Regelung trifft.“**

Begründung: Der Satzungsautonomie des Gebietsverbandes in dieser Materie freie Hand lassen. (vgl. auch § 7 Abs. 1 2. Halbsatz des Entwurfs)

10. § 20 Entwurf

Abs. 1: In diese Regelung (ich enthalte mich hier einer politischen Bewertung) ist nach dem Zeichen“ %“ das Wort „**der**“ einzufügen.

Abs. 2: Satz 2: Es kann doch nicht sein, daß etwa durch die Tätigkeit als berufsmäßiger Stadtrat, als Bürgermeister, Landrat oder in einem Ministerium als „ bezahlte Tätigkeit in der Politik „ jemand von der Kandidatur fernhalten werden darf. *Die Formulierung „ in der Politik“ ist unbestimmt und unbrauchbar.*

11. In den **Übergangsbestimmungen** sollte man klarstellend noch aufnehmen:

„ Die gewählten Delegierten bleiben bis zur Neuwahl im Amt.“

Begründung: Klarstellung, daß es mit der Einberufung von Bezirksmitgliederversammlungen im jetzigen Zeitpunkt nicht eilt; die von den Kreisversammlungen gewählten Bundesdelegierten bleiben bis auf Weiteres im Amt.

Dr. Reinhard Gremer

(Mitglied Nr. 12964)